

JÖRG ROESLER

»Wie hältst Du es mit der Region?«

Linke Regionalparteien im westlichen Europa – Erfahrungen für die PDS?

Konflikte zwischen der Region und dem »Hauptland«, d. h. Konflikte von Minderheiten mit Mehrheiten in einem Staat werden »Dritten«, d. h. der Öffentlichkeit in anderen Ländern in der Regel erst bekannt, wenn sie eskalieren, d. h. die Schwelle der Gewalt überschreiten. Das traf für Jugoslawien Anfang der 90er Jahre genauso zu wie es für Tschetschenien oder das Baskenland bis heute gilt. Die Medien lenken die Aufmerksamkeit in solchen Fällen in der Regel auf rebellierende Gruppierungen. Die Parteienlandschaft der Konflikt-Regionen zu analysieren wird kaum der Mühe für wert gehalten. Im Folgenden soll es um die Rolle linker Parteien in jenen Regionen Europas gehen, in denen sich das Streben der Region nach Eigenständigkeit gegenüber dem »Hauptland«, der Minderheit gegenüber der »Staatsnation«, innerhalb, und nur manchmal auch außerhalb des bestehenden staatlichen Rahmens artikuliert und entfaltet. Der Blick richtet sich damit innerhalb unseres Kontinents also eher auf West- als auf Osteuropa.

Eigenständigkeitsbestrebungen und -erfolge westeuropäischer Regionen

Was die britischen Regionen Schottland, Nordirland (Ulster) und Wales, die französischen Korsika und Iparralde (nördliches Baskenland), die spanischen Regionen Euskadi (südliches Baskenland), Galicien und Katalonien, die Provinz Bozen (Südtirol) in Italien und die Färöer-Inseln als Bestandteil Dänemarks – die Aufzählung ist damit keineswegs abgeschlossen – als Regionen gemeinsam haben, ist der Disput mit dem »Hauptland« über ihre rechtliche, politische und sozioökonomische Interessenvertretung im »Nationalstaat«.

Unterschiedlich ist das Ausmaß gesonderter politischer Institutionen, über das die Regionen verfügen. Während Anfang 2003 das schottische Parlament über einen vertraglich abgegrenzten Bereich von Verantwortung gegenüber dem britischen Parlament in Westminster verfügt, bis hin zur (partiellen) Steuerhoheit, hat das walisische keine legislativen Befugnisse und ist das nordirische zur Zeit aufgelöst. Nordirland wird von London aus wieder einmal direkt regiert. Von den aufgeführten spanischen Regionen erfreut sich Euskadi (zumindest auf dem Papier) größerer Selbständigkeit als Katalonien (das auf dem Papier weniger, aber in der Realität mehr Rechte hat)¹ oder Galicien. Iparralde bemüht sich seit drei Jahrzehnten um den Status eines eigenen Departements innerhalb Frankreichs (mit Bayonne als Hauptstadt); bisher ohne Erfolg. Korsika

Jörg Roesler – Jg. 1940; Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz Sozietät; Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin; beschäftigt sich mit vergleichender Vereinigungsgeschichte. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Ein Gespenst verschwand in Europa, Heft 121/122 (November/Dezember 2000).

1 Jörg Roesler: Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlass, Frankfurt/Main 1999, S. 375-378.

steht vor einem Referendum, das der Insel innerhalb Frankreichs eine größere Selbständigkeit bringen soll.

Unterschiedlich ist auch die Eingliederung der Regionen in die gesamtstaatliche Verwaltungsstruktur. In Großbritannien stimmen Region und jeweilige Verwaltungseinheit überein, Korsika ist dagegen in zwei Departements aufgeteilt, die Euskadi in drei (wenn man Navarra dazu zählt: vier) Provinzen mit separaten Verwaltungen, die Provinz Bozen (mit eigenen Selbstverwaltungsinstitutionen) ist Teil der italienischen Region Alto-Adige.

Wirtschaftlich sind das spanische Baskenland und Katalonien stärker entwickelt als das »Hauptland«, ebenso die Provinz Bozen gegenüber Gesamtitalien, d. h. das Mezzogiorno eingerechnet. Im Falle der anderen genannten Regionen liegt das wirtschaftliche Niveau z. T. deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Die Wohlstandsunterschiede zwischen Region und »Hauptland« entsprechen weitgehend dem wirtschaftlichen Produktivitätsgefälle.

Da bei der Selbstidentifikation in der Region die Geschichte eine wichtige Rolle spielt, ist noch wichtig zu vermerken, dass einige Regionen einmal politisch unabhängig waren (z. B. Katalonien und Schottland) bzw. einem anderen Staate als dem jetzigen »Hauptland« zugehörten, z. B. die Färöer-Inseln zu Norwegen, Südtirol zu Österreich(-Ungarn) und Korsika zur Republik Genua. Die Anerkennung einer früheren Eigenstaatlichkeit der Region ist zwischen Minderheit und Staatsnation z. T. umstritten, z. B. für das Baskenland und Wales. Die Zugehörigkeitsdauer zum »Hauptland« ist unterschiedlich, zählt aber in der Regel nach Jahrhunderten. Sie beträgt etwa 500 Jahre im Falle von Wales und Katalonien, fast 300 im Falle von Schottland, 250 Jahre für Korsika und über 90 Jahre für Südtirol.

Neben einer eigenen Geschichte ist auch die eigene Sprache Identifikationsmerkmal für die Region, allerdings in geringerem Maße als gewöhnlich angenommen. Nicht Schottisch oder Irisch sind ganz überwiegend die Muttersprachen in Schottland oder Nordirland, sondern Englisch und diese Sprache dominiert auch in Wales. In der Euskadi ist Spanisch (Kastilisch) unter der Bevölkerung weit verbreitet. Nur in einem Teil der genannten Regionen dominiert die Regionalsprache als Muttersprache gegenüber der Sprache des »Hauptlandes« eindeutig wie auf den Färöer-Inseln, auf Korsika, in Katalonien, Galicien und in Bozen-Südtirol.

Was alle diese Regionen trotz ihrer Unterschiede im Verhältnis zum »Hauptland« bzw. zur »Staatsnation« eint, ist, wie gesagt, ihr Wille, die Entwicklung ihres Landesteils eigenverantwortlich mitzugestalten (gegebenenfalls auch ganz ohne Beeinflussung durch die »Staatsnation« zu gestalten).

Vertretung der Eigeninteressen und politische Parteien in westeuropäischen Regionen

Alle genannten Regionen befinden sich heute innerhalb parlamentarischer Demokratien und sind, soweit das ihnen durch ihre jeweilige Zentralregierung zugestanden wurde, selbst demokratisch organisiert. Über Selbstverwaltungsinstitutionen verfügen (mit Ausnahme von Iparralde) heute alle genannten Regionen. Damit ist eine wich-

tige Voraussetzung für die legale politische Willensbildung gegeben. Regionale Parlamente bzw. Regierungen sind jedoch auch in Westeuropa erst das Ergebnis einer Entwicklung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Färöer erhielten 1948 ihre Selbstverwaltungsorgane von Kopenhagen (wieder) zurück. Das auch von den Südtirolern akzeptierte Autonomiestatut datiert aus dem Jahre 1972. Für die spanischen Regionen wurde der Schritt zur Selbstverwaltung erst nach der Franco-Diktatur Ende der 70er Jahre eingeschlagen. England und Wales hatten bis 1999 zu warten, bevor sie eigene Parlamente (im Falle Schottlands auch eine eigene Regierung) erhielten. Für Korsika ist ein Regionalrat, der die Befugnis haben soll, französische Gesetze für Korsika abzuändern, seit 1998 im Gespräch. Für Iparralde gibt es noch keine derartigen Verhandlungen.

Zu den Wahlen für die Legislativorgane der Regionen treten in der Regel alle Parteien des »Hauptlandes« an² zusätzlich zu den eigentlichen Regionalparteien. Die »Hauptlandparteien« versuchen, sich auch als Interessenvertreter der Wählerschaft in der Region zu profilieren. Ihr Vorteil gegenüber den Regionalparteien war stets, dass ihre Vertreter auch die Zentralregierung stellten oder doch die wichtigste Oppositionspartei im Lande. Sie operieren gegenüber den Wählern der Region damit, dass sie an oder doch näher an den Hebeln der Macht seien als die Regionalparteien und daher für die Bevölkerung der Region eher als jene zumindest die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Anliegen der Regionalbevölkerung vertreten könnten als die örtlichen politischen Gruppierungen. Die geschilderte Rolle hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Wales und Schottland, in denen die »alten« Industrien dominierten, die Labour Party gespielt. Sie war und ist bis heute auch die stärkste Partei im Regionalparlament von Edinburgh und der legislativen Vertretung von Wales in Cardiff.

Die Regionalparteien, die für eine eigenständige Entwicklung ihrer Region eintreten, entstanden in der Regel nicht erst mit den regionalen Parlamenten. Sie haben vielmehr für deren Errichtung oftmals jahrzehntelang gekämpft. Grundsätzlich handelt es sich um zwei Typen von regionalen Parteien. Erstens um »Einheitsparteien« oder »Volksparteien«, deren ernsthafte Konkurrenten bei Regionalwahlen nur die »Hauptlandparteien« sind. Der »Vorzeigefall« einer Regionalpartei, die mehr oder minder alle Schichten der an der Stärkung der Rechte der Region interessierten Wähler vereint, ist die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegründete Südtiroler Volkspartei. Aber auch in Schottland und Wales haben sich die für eine stärkere Selbständigkeit optierenden Wähler vor allem für eine Partei, die Scottish Nationalist Party (SNP) bzw. die Plaid Cymru (Walisische Nationalpartei) entschieden.³ In anderen Regionen hat es nur zeitweilige oder lockere Bündnisse aller Regionalparteien (gegen die »Hauptlandparteien«) gegeben, z. B. die »Indipendenz« auf Korsika.

Die »Volksparteien« versuchen, alle politischen Richtungen innerhalb der Region von rechts bis links in sich zu vereinigen, wobei die Klammer das gemeinsame regionale Eigeninteresse ist, das es gegenüber dem »Hauptland« durchzusetzen bzw. zu verteidigen gilt. Der Anteil der jeweiligen »Einheitspartei« der Region lag unter-

2 Eine gewisse Ausnahme bilden Ulster und Färöer.

3 Vgl. Sabine Heinz: Devolution – die vorsichtige Lockerung walisisch-englischer Bindungen bis 1997, in: Europa und seine regionalen Konflikte. Ursachen – Entwicklungen – Lösungen. 6 Fallbeispiele (Pankower Vorträge 49/2003, S. 47-53).

4 Michael Keating: The New Regionalism in Western Europe, Cheltenham 1998, p. 97.

schiedlich hoch. Im Falle der Südtiroler Volkspartei waren es bei den Wahlen von 1978 61 Prozent, 1988 60 Prozent, 1993 52 Prozent und 1998 57 Prozent. Die SNP dagegen konnte stets nur eine Minderheit der Wähler Schottlands für sich gewinnen: 11 Prozent 1970, 30 Prozent 1974, 17 Prozent 1978, 22 Prozent im Jahre 1992.⁴

In allen anderen der genannten Regionen bewerben sich zwei oder mehrere Regionalparteien um die Gunst der eine größere Eigenverantwortung der Region unterstützenden Wähler. In diesen Regionen, wie z. B. Katalonien, konkurrieren vom politischen Spektrum her Parteien sowohl der Rechten und der Mitte, die mit Blick auf ihre Klientel für eine größere Eigenverantwortung der Region eintreten, als auch – und das mag für deutsche Linke überraschend sein – Linksparteien.

Die Gemeinsamkeit von regionalen/nationalen und sozialen Zielstellungen bei linken Regionalparteien in Westeuropa

Die in Bezug auf die Selbstbestimmung für die Färinger konsequenteste Partei unter den Regionalparteien der Färöer ist die Republikanische Partei unter Högni Hovdal. Sie gilt als links orientiert. Hovdal hat in einem 2001 dem »Neuen Deutschland« gegebenen Interview als weitere Ziele seiner Partei »lokale Demokratie und Abrüstung« bezeichnet.

»Die neoliberale Deregulierung ist keine taugliche Strategie für die Lösung sozialer Großprobleme in Ostdeutschland.« (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Programmentwurf, Pkt 8, Ostdeutschland, in: Presse-dienst PDS 9/2003, S. 24)

Wirtschaftspolitisch hat die Partei, die sich in den Wahlen vom Mai 2002 zur zweitstärksten politischen Gruppierung der Region entwickelt hat, sich eindeutig gegen den Neoliberalismus positioniert. So lehnt sie die Privatisierung von Staatseigentum ab und will die Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Fischer im wichtigsten Wirtschaftszweig, der Fischerei, staatlich garantieren.

Auf Korsika sind die »legalen Autonomisten«, die seit August 2001 in der »Indipendenza« mit anderen Regionalparteien zusammenarbeiten, mit 8 Abgeordneten in der korsischen Regionalvertretung präsent.

In Schottland wurde der bei den Parlamentswahlen Anfang Mai 2003 erreichte Prozentsatz von 7,5 Prozent für die Scottish Socialist Party als sensationell empfunden (ND vom 3. - 4. 5. 03).

In Ulster erreichte die Sinn Féin im Jahre 2001 17 Prozent der Wählerschaft. Die jenseits der irischen Insel mehr wegen ihrer nationalistischen Forderungen bekannte Partei gilt als »linksorientiert und republikanisch«. Sie ist in Nordirland wie in der Republik Irland präsent und hat sich 2002 als Partei der sozialen Verlierer des EU-Beitritts profilieren können.

Weitaus stärker linksorientiert als die genannten Regionalparteien ist die Partei der baskischen Volkseinheit (Herri Batasuna bzw. Batasuna, HB bzw. B). Seit ihrer Gründung 1978 und bis zu ihrem Verbot im März 2003 erhielt sie zwischen 16,3 Prozent (1994), 18 Prozent (1998) und 10 Prozent (2001) aller Stimmen in den drei baskischen Provinzen und etwa 10 Prozent im benachbarten Navarra. Die Batasuna konkurriert als Regionalpartei vor allem mit der »bürgerlichen« PNV (Baskische Nationalpartei). Batasuna strebt als Maximalziel auf politischem Gebiet ein unabhängiges Baskenland innerhalb der Europäischen Union an. Auf sozialem Gebiet ging es der HB/B vor allem um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbe-

dingungen der baskischen Arbeiterschaft. Die Maximalforderung auf sozialem Gebiet ist seit der Gründung der HB/B ein sozialistisches Baskenland.⁵

Für die gleichzeitige Verfolgung von regionalen Zielen (stärkere Vertretung der regionalen Eigeninteressen, Ausbau der Eigenständigkeit bis hin zur Selbständigkeit) und sozialen Zielen sprechen bei den Linken bzw. links orientierten Parteien auf Färöer, in Nordirland, im Baskenland usw. nicht nur historische Gründe, sondern – unter den Bedingungen der Vorherrschaft einer neoliberalen Wirtschaftspolitik innerhalb der westeuropäischen Staaten und in der Europäischen Union – auch wirtschaftliche und soziale: Die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Arbeiterschaft bzw. der gesamten Bevölkerung der (zurückgebliebenen) Region ist ohne eine minimal keynesianistisch-staatsinterventionistische, maximal auch durch staatliche Planungen zur Angleichung des Wirtschaftsniveaus der Regionen an das ökonomische und soziale Niveau des »Hauptlandes« gekennzeichnete Ordnungspolitik nicht zu verwirklichen. Mehr noch: Je stärker die Wirtschaft durch Rückzug des Staates »dem Wirken der Marktgesetze« überlassen wird, desto größer ist die Gefahr für die in ihrer Mehrheit unterdurchschnittlich entwickelten Regionen Westeuropas, dass die durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik bewirkte soziale Polarisierung zu weiterem Zurückbleiben der Region und zur Abwanderung der jüngeren und aktiveren Teile seiner Bevölkerung führt. Am ausgeprägtesten ist diese Gefahr bisher im französischen Baskenland. Regionalpolitik müsste daher, zumindest in jenen Fällen, wo die Regionen wirtschaftlich benachteiligt sind, fast selbstverständlich Angelegenheit der Linken sein. Auch die behandelten regionalen »Volksparteien« zeigen sich gegenüber Staatsintervention in der Wirtschaft in der Regel aufgeschlossener als die regierenden konservativen oder sozialdemokratischen Parteien des »Hauptlandes«.

Eine regionalpolitische Sicht auf die PDS

Die PDS ist als Nachfolgepartei der SED gegründet worden. Ihre Führer haben sie, nachdem die DDR aufgehört hatte zu existieren, als gesamtdeutsche Partei links von der SPD bundesweit zu etablieren versucht. Wie weit links sie von der SPD sein sollte bzw., wie weit sie programmatisch und praktisch mit der SPD gehen sollte, darüber entbrannte innerhalb der PDS spätestens, nachdem sie den »Vereinigungsschock« überstanden hatte, ein lebhafter, zuweilen auch stürmisch geführter Meinungsstreit, der bis heute nicht beendet ist und auch die Auseinandersetzung um das zweite Parteiprogramm prägt. Es kann nicht Angelegenheit dieses Beitrages sein, die unterschiedlichen Auffassungen, die in zahlreichen Veröffentlichungen und auch Minderheitenvoten der PDS-Programmkommission ihren Niederschlag gefunden haben, zu kommentieren. Hier soll lediglich darauf aufmerksam gemacht werden, was im Meinungsstreit der PDS-Fraktionen bisher völlig unterbelichtet blieb: das Regionale. Konsequente Kritik daran ist bisher nur vom »Parteivolk« in Leserbriefen geübt worden, von denen stellvertretend einer hier zitiert sein soll: »Die PDS«, so eine Leserschrift ans »Neue Deutschland« vom 3. 1. 2003, »vermeidet geflissentlich, fast panisch, jeden

5 Michael Kasper: Baskische Geschichte in Grundzügen, Darmstadt 1997, S. 197.

»Die Ungleichbezahlung von gleicher Leistung ist die eigentliche Ost-Entvölkerungsprämie, die Deutschland kaputtmacht – nach und neben und in Wechselwirkung mit der Deindustrialisierung des Ostens.« (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Programmentwurf, Pkt. 8: Ostdeutschland, in: Pressedienst PDS 9/2003, S. 24)

Verdacht aufkommen zu lassen, sie wäre eine Ostpartei. Aber sie ist eine Ostpartei. Als solche begann sie unter sehr riskanten Umständen sehr erfolgreich. Mit der Zeit wurde sie zur eindeutigen Ostlobby auch für solche Leute im Osten, die nie etwas mit der SED am Hut hatten. Ostdeutschland wird derzeit fast komplett westregiert und bewirtschaftet. Nun ist sich die PDS als Ostlobby zu schade.«

Man kann zu diesem Plädoyer für die »Regionalpartei PDS« unterschiedliche Meinungen haben. Eines aber lässt sich nicht leugnen: Wenn die PDS kritisch zu ihrem historischen Erbe steht, dann muss sie auch bekennen, dass sie die Nachfolge einer Staatspartei angetreten hat, die nur in einem Fünftel Deutschlands regierte. Wenn die PDS historische Wurzeln in der SED hat, dann heißt das vor allem in Teilen der Bevölkerung der ostdeutschen Region.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik nach dem Anschluss der DDR 1990 ist u. a. dadurch gekennzeichnet gewesen, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien auch Parteien für den Osten sein wollten. Es herrschte die euphorische Auffassung, dass der verwaltungsmäßige und ökonomische Anschluss, das wirtschaftliche und soziale Aufschließen Ostdeutschlands ans westdeutsche Niveau in »historisch kürzester Frist« zu bewältigen sei und dass die Ostdeutschen die durch ihre erzwungene Abkoppelung vom größeren Teil Deutschlands entstandenen kulturellen und mentalen Unterschiede zum »Hauptvolk« rasch ablegen würden. Die PDS-Führung teilte zwar nicht den Optimismus der anderen Parteien, aber auch sie unternahm alle Anstrengungen, sich als gesamtdeutsche Partei zu etablieren – in ihrem Falle durch einen raschen Parteaufbau im Westen. Die Orientierung auf den Gesamtstaat und die Zurückstellung der Region entsprach nicht nur dem Willen der Führung, sondern auch einer linken deutschen Tradition. Die deutsche Linke hatte sich schon immer nicht nur mit der Nation, sondern auch mit der Region (im hier behandelten Sinne) schwer getan.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich zwar 1871 aus internationalistischer Gesinnung gegen die Annexion Elsass-Lothringens ausgesprochen, wusste aber mit den besonderen Interessen z. B. der Elsässer, die diese im Unterschied zu den übrigen Deutschen im Reich hatten, nicht umzugehen. Obwohl das Reichsland, speziell das Unterelsass, damals zu den industriell entwickeltesten Gebieten des neu geschaffenen Deutschen Reichs gehörte und als konfessionell gemischte Region nicht in den »natürlichen« Einflussbereich der Zentrumspartei fiel, dauerte es bis 1888, bevor das Elsass seinen ersten sozialdemokratischen Vertreter in den Reichstag nach Berlin entsandte. Die Vertretung ihres regionalen Eigeninteresses hatten die Elsässer bzw. Elsass-Lothringen bis dahin und mehrheitlich auch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei parteipolitisch ungebundenen Abgeordneten aus der Region, »den Elsässern« besser aufgehoben gefunden als bei Repräsentanten der »Hauptlandparteien«. Noch 1912 stellten die »Elsässer« 9 von 15 Abgeordneten des Reichslandes im Reichstag.⁶

In der Bundesrepublik wurde ab Mitte der 1990er Jahre deutlich, dass es eine Angleichung des Ostens an den Westen Deutschlands auf ökonomischem und auch sozialem Gebiet in absehbarer Zeit, d. h. innerhalb einer Generationsfolge, nicht geben würde. Die für

»Wer, wenn nicht wir im Osten, sind die, die zur Zeit niemand mehr vertritt. ... Eine PDS-Politik für die jetzt hier im Osten lebenden Menschen würde vorerst völlig genügen und würde die Partei vollständig auslasten.« (Leserzuschrift von Bernd Maywald, ND vom 10. 1. 2003)

»Unser Fehler war es, Ost-Interessen gegen den Westen statt mit dem Westen vertreten zu haben« (Peter Porsch, PDS-Fraktionschef in Sächsischen Landtag gegenüber der in Dresden erscheinenden »Sächsischen Zeitung«, ND vom 31. 12. 02).

6 Georges Cogniot: Kleine wahre Geschichte des elsässischen Volkes, in: Das Elsaß. Geschichte – Kultur – Wirtschaft, Berlin 1958, S. 33.

das Einholen des Westens unerlässlichen höheren Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts in den neuen im Vergleich zu den alten Ländern sanken in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf die Zuwachsraten der alten Bundesländer ab und fielen sogar darunter. Seit der gleichen Zeit kam auch die Angleichung der Löhne kaum mehr voran. Im Bereich der Vermögensentwicklung, dies hat Ulrich Busch in mehreren Arbeiten überzeugend nachgewiesen,⁷ verlief die Entwicklung bereits seit der Vereinigung nicht in Richtung Angleichung sondern Verstärkung der Unterschiede zwischen Ost und West. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre mussten auch die Soziologen erkennen, dass die ostdeutsche Identität, entstanden, wie man zunächst glaubte, nur durch drei Jahrzehnte erzwungener Kontaktlosigkeit und nach 1990 deshalb zum Dahinschmelzen verurteilt, sich nicht verflüchtigte. Selbst der häufige Kontakt mit den Mehrheitsdeutschen aus dem Westen, die nach 1990 in Scharen kamen und die Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Bildung im Osten besetzten, führte nicht dahin, dass die zu DDR-Zeiten entwickelten ostdeutschen mentalen Besonderheiten verschwanden. Eher verfestigten sie sich. Eine tiefgründige Analyse dieser für die Einheit-senthusiasten kritischen Situation verdanken wir Rudolf Woderich.⁸

Seit Ende der 90er Jahre ist ein weiteres Moment des Unterschieds zwischen Ost- und Westdeutschland hinzugetreten: Seitdem hat die Wahrscheinlichkeit zugenommen, dass der Osten unter Beibehaltung der bisherigen Politik (der Kanzler Kohl und Schröder) den Westen kaum noch einholen kann. Damit verbunden ist auch, dass er demographisch schrumpft und die Region durch Verlust des jüngeren und aktiven Teils seiner Bewohner in Zukunft wahrscheinlich noch stärker hinter dem Westen zurückbleiben wird.

Dies ist eine – gegenüber der ersten Hälfte der 90er Jahre – prinzipiell neue Situation. Sie hat jüngst bei einigen PDS-Politikern wie dem Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf zum öffentlichen Nachdenken über eine besondere Wirtschaftsregion Ost geführt.

Not macht kühn. Das galt auch für die westeuropäischen Regionalparteien. Ein deutliches Zurückbleiben gegenüber dem »Hauptland« im sozioökonomischen Bereich hatte im französischen Baskenland zum Entstehen der regionalen Bewegung Iparretarrak geführt, in Schottland zu einem erneuten Stimmenanstieg der Scottish Nationalist Party im Kampf gegen den für das Gebiet jenseits des Tweed nur zerstörerischen Neoliberalismus einer Margareth Thatcher. Korsikas wirtschaftliches Zurückbleiben gegenüber dem französischen Festland ließ die korsische nationale Bewegung und Regionalparteien entstehen.

Der erste die Medien im Osten wie im Westen Deutschlands erreichende Versuch einer Partei in Deutschland, auf die alarmierende wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland hinzuweisen, wurde vom SPD-Vizepräsidenten und Bundestagsvorsitzenden Wolfgang Thierse Anfang 2002 unternommen, als er verkündete: »Ostdeutschland steht auf der Kippe«. Er konnte sich mit dieser Sicht innerhalb seiner Partei nicht durchsetzen, genauso wenig wie etwa die schottischen und walisischen Labourabgeordneten mit ihren Vorstellungen gegenüber ihren Londoner Parteizentralen in den 70er Jahren. Im Falle von Thierses Vorpreschen haben die Par-

7 Vgl. zum Beispiel Ulrich Busch: Vermögensdifferenzierung und Disparität der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland, in: Berliner Debatte Initial 5/96, S. 103-119; Ulrich Busch: Eigentumsformation via Vermögenstransfer. Die deutsche Lösung der Eigentumsfrage, in: Hans-Joachim Stadermann, Otto Steiger (Hrsg.): Verpflichtungsökonomik, Eigentum, Freiheit und Haftung in der Geldwirtschaft, Marburg 2001, S. 221-154.

»Die Partei hat versäumt, rechtzeitig auf das neue Selbstbewusstsein der Menschen im Osten zu reagieren. Das schlechte Ergebnis bei der Bundestagswahl ist dafür die Quittung gewesen.« (Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer am 29. 12. 2002 im Rundfunk.)

8 Rudolf Woderich: Gelebte und inszenierte Identitäten in Ostdeutschland, in: WeltTrends 15/1997, S. 97-98.

»Je länger der Aufholprozess stagniert, desto deutlicher werden sich Abwärtstrends beschleunigen und auch das Erreichte, die teilweise teuer bezahlte Substanz gefährden. Stabilität und Vertrauen werden in die Region nur zurückkehren, wenn verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen und Prioritäten bei Zukunftsinvestitionen im Osten gesetzt werden.« (Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, Berlin 2002, S. 6).

»Es muss klar gesagt werden: Sparen kann man im Fall Ostdeutschlands nur, wenn man in die wirtschaftliche Entwicklung invest-

tiert!« (Wolfgang Thierse. Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, Berlin 2002, S. 6.)

»Seit einigen Jahren stagniert der wirtschaftliche Aufholprozess. Wie kann er wieder in Gang kommen: einfache wirtschaftspolitische Antworten lauten: Ostdeutschland muss zu einer arbeits- und tarifrechtlichen Sonderzone werden, das lockt neue Investoren. Oder Ostdeutschland braucht noch mehr Fördermittel ...« (Harald Wolf, seit August 2002 Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin, im ND vom 2. 5. 2003)

»Angesichts der bundespolitischen Mehrheitsverhältnisse werden ostdeutsche Anliegen nur dann eine Erfolgsaussicht haben, wenn sie parteiübergreifend als Interessen der östlichen Bundesländer artikuliert werden. Es bieten sich die Felder Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung, EU-Strukturfonds und Verwaltungsmodernisierung an, um durch gemeinsame Bemühungen aus dem ›Sondergebiet Ost‹ eine ›Modellregion Ost‹ wachsen zu lassen.« (Harald Wolf, ebenda)

»Angesichts des erfolgreichen Westens erscheint der Osten als abgehängt. Ostdeutschland ist aus dieser Sicht kein Land des Übergangs mehr, sondern auf Dauer zweitrangig gestellt. Nachdem sich eine schnelle Angleichung des Ostens an den Westen als Illusion herausgestellt hat, heißt das: Wer bleibt, wird es nicht ohne die eine oder andere Form der Identifikation mit Ostdeutschland tun.« (Wolfgang Thierse: Fünf Thesen

teioberen – offensichtlich aus ordnungspolitischen wie wahltaktischem Kalkül – entschieden, dass Kanzler Gerhard Schröders Politik der »neuen Mitte«, immer deutlicher neoliberal werdend, nicht durch die bei der Verwirklichung von Thierses Forderungen unvermeidlich werdende Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft im Osten (und letztlich auch in Gesamtdeutschland) in Frage gestellt werden dürfe.

Damit blieb parteipolitisch der Platz der »Interessenvertretung Ost« Anfang des neuen Jahrzehnts weiter vakant – bzw. durch die PDS bestenfalls halbherzig besetzt. Doch Probleme, sich für ostdeutsche Interessen einzusetzen, sollte die PDS nicht haben. Ihr wichtigstes Wählerpotenzial liegt im Osten. (Das für die Partei enttäuschende Wahlergebnis in den Bundestagswahlen im Herbst 2002 resultierte fast vollständig aus Verlusten in dieser Region). Ihr Programm ist dem Neoliberalismus nicht zugeneigt, sondern betont die soziale und ökologische Rolle, die der Staat in der Gesellschaft zu spielen hat und lässt Raum für die Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft.⁹

Sieht man auf die PDS aus dieser Sicht, dann gibt es aus den Erfahrungen von westeuropäischen Regionalparteien, seien sie linke oder »Volksparteien«, eine Reihe von Anregungen für politische Schritte im Interesse der ostdeutschen Region.

Eine davon könnte die Institution des »Scottish Office« sein: Das war ein im Ergebnis der schottischen »Home-Rule-Bewegung« entstandenes Amt der britischen Regierung, deren Leiter von ihr ernannt und mit einem beachtlichen Budget ausgestattet (1998 14 Milliarden Pfund Sterling) wurden. Die Aufgabe dieser Institution war es, bestimmte Folgen der britischen, verständlicherweise vor allem auf die Verhältnisse in den englischen Landesteilen ausgerichteten Gesetzgebung an die speziellen schottischen Bedingungen anzugleichen, d. h., ungewollte Differenzen zwischen England und Schottland auszugleichen. Im Unterschied zu den in den 90er Jahren von den Kanzlern der Bundesrepublik eingesetzten diversen Sonderbeauftragten für den Osten mit unsicherem Statut und ohne abgegrenztes Budget war das Scottish Office nicht abhängig von der Prioritätensetzung der jeweiligen Regierung. Auch würde eine ähnliche Einrichtung in den neuen Ländern nicht mehr jenen subjektiv bedingten Schwankungen unterliegen, die einer an die Person des Bundeskanzlers geknüpfte »Chefsache Ost« nun einmal inhärent sind. Das Scottish Office wurde 1999 aufgelöst, sein Etat zur Verfügung des neugebildeten schottischen Parlaments gestellt.

Sollte das »Scottish Office« unbeabsichtigte Folgen der britischen, zwangsläufig an England orientierten Gesetzgebung für Schottland ausgleichen, so wurde bei den Verhandlungen, die die Regierung Jospin im Jahre 2000 mit den korsischen Regionalisten führte, der Vorschlag geboren, einen zu schaffenden Regionalrat der Insel mit dem Recht auszustatten, »nationale«, d. h. auf das eigentliche Frankreich ausgerichtete Gesetze für Korsika abzuändern. In der Bundesrepublik wäre zur Ausübung dieser Funktion ein spezifisches Gremium notwendig, das an die Stelle der spärlichen »Ad-hoc-Konferenzen« der ostdeutschen Ministerpräsidenten treten müsste. Sicher ginge das nicht ohne Abänderung oder Reinterpretation des Grund-

gesetzes. Ganz fremd sind der PDS derartige Überlegungen übrigens nicht. Vor Jahren bereits wurde von den Linken im Osten das Projekt einer »dritten Kammer« neben Bundestag und Bundesrat angesprochen. Die Vorschläge von damals waren auf ein Vetorecht dieser Kammer für alle substantiell Ostdeutschland betreffenden Gesetzesvorlagen gerichtet.

All dies sind Anregungen bzw. Vorschläge, deren Verwirklichung sich innerhalb des Spektrums der politisch zur Zeit in Deutschland eine Rolle spielenden Parteien nur die PDS auf ihre Fahnen schreiben könnte. Wer nun zu bedenken gibt, dass die PDS-Führung sich aber schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre – unter deutlich anderen Bedingungen bzw. Aussichten, wie ich noch einmal betonen möchte – entschieden hat, gesamtdeutsche Partei zu werden und die Auffassung vertritt, dass sie daran festhalten müsse und deshalb keine regionalen (d. h. alle neuen Länder gemeinsam betreffenden) Projekte vertreten könne, der weist unwillkürlich auf ein Manko des gegenwärtigen Parteaufbaus der PDS hin. Die Partei ist nach bisherigem Verständnis zwar für die Probleme einzelner Bundesländer im Osten oder Westen ansprechbar, nicht aber wegen der Rücksicht auf ihre Mitglieder- und Wählerschaft im Westen für »reine Ostthemen«. Deshalb hat sie zunehmend darauf verzichtet, die Interessenvertretung für die Ostdeutschen konsequent wahrzunehmen.

Wie aber kann die Doppelaufgabe, die sich die PDS nach der Wende aufgeladen hat, alle deutschen Wähler links von der SPD und dann noch speziell die Ostdeutschen politisch zu vertreten, bewerkstelligt werden? Wie kann die Vertretung gesamtnationaler *und* regionaler Interessen von einer Partei vorgenommen werden, ohne deren Führung durch diesen Spagat fast arbeitsunfähig zu machen?

Darauf hat die deutsche Geschichte nach 1945 eine bemerkenswerte Antwort gefunden, die unter dem Namen »Unionsmodell« bekannt ist.

Die Brauchbarkeit des »Unionsmodells« für die PDS

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte es in Bayern, damals ein wirtschaftlich gegenüber anderen Teilen Deutschlands (insbesondere Schwaben, dem Rheinland und Westfalen sowie Sachsen) eine ökonomisch und sozial zurückgebliebene Region, »durchaus starke Strömungen gegeben, Bayern zu einem selbständigen Staat zu machen«. Überzeugte christlich-konservative Politiker wie Franz Josef Strauß wussten, dass sie auf das Eigeninteresse der Bayern Rücksicht nehmen, »die landschaftliche und landsmannschaftliche Prägung«¹⁰ des größten Landes der Amerikanischen Besatzungszone in ihrer Parteiarbeit zu respektieren hatten. Dies um so mehr, als sie sich mit ihrer regionalen Konkurrenz der »radikal föderalistischen« Bayernpartei auseinander zu setzen hatten. Ein Aufgehen der bayrischen regionalen christlich-konservativen Partei (CSU) in der Bundes-CDU, ein Prozess, der sich in allen übrigen Bundesländern nach 1949 vollzog, hätte die CSU, die 1950 bei den Landtagswahlen »nur« 27,4 Prozent der Stimmen erhielt, zugunsten der Bayernpartei um den Ruf einer konsequenten Interessenvertreterin Bayerns gebracht. Die »geographische Aufteilung« der neuen christlichen Volkspartei der Bundesrepublik, die Schaffung einer Fraktionsge-

zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, Berlin 2002, S. 8.)

9 Vgl. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Überarbeiteter Entwurf, in: Pressedienst PDS 9/2003, S. 4-5.

»Mit der PDS sind auch wichtige Themen aus dem Bundestag verschwunden, vor allem die Ost-Themen.« (Der Grünen-Politiker Werner Schulz gegenüber der »Berliner Zeitung«, ND vom 2. 1. 03)

»Es ist unmöglich, ein so kompliziertes Phänomen wie die CSU auf einen einfachen Nenner zu bringen, und gerade das macht die Stärker unserer Partei aus.« (Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 40)

10 Ebenda, Berlin 1989, S. 99, 41.

meinschaft CDU/CSU, ermöglichte es der CSU, gleichzeitig die Christdemokraten als Volkspartei »rechts von der SPD« zu stärken, und überzeugend die bayrischen Eigeninteressen zu vertreten. Je besser ihr dies in den Augen der bayrischen Wähler gelang – 1958 erreichte die CSU in den Landtagswahlen bereits 47,5 Prozent der abgegebenen Stimmen – desto mehr stärkte sie auch (mit 1957 55 an Stelle von 1949 24 Abgeordneten) die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU im Bundestag.¹¹

11 Karl G. Tempel: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle der Parteien in der DDR. Grundlagen, Funktionen, Geschichte, Programmatik, Organisation, Berlin 1987, S. 81, 115, 117.

Trotz allen immer wieder auch öffentlich geführten Streits innerhalb der Fraktionsgemeinschaft hat diese über fünf Jahrzehnte gehalten, da sie offensichtlich die beste Sicherung für einen höchstmöglichen Anteil dieser konservativen oder Mitte-Rechtspartei an Wählerstimmen in der Bundesrepublik und dem Freistaat Bayern war.

Man kann natürlich einwenden, dass die Bedingungen, die 1949/50 das Zustandekommen des »Unionsmodells« ermöglichten, 2003 nicht vorhanden sind, auch wenn sie vielleicht 1990 einmal gegeben waren. Man kann auch einwenden, dass der PDS das Pendant zur CDU, die große Wählerschaft im Westen, fehle. Man darf bei derartigen Überlegungen das Unionsmodell sich allerdings nicht zu sklavisch zum Vorbild nehmen. Dessen Vorteil und die Garantie seines Erfolgs blieb – nach Strauß – stets, dass es flexibel zu handhaben war.

Blicken wir auf die westeuropäische Regionalpolitik mit der Absicht, dort eine vergleichbare Konstellation zu finden, dann existiert in Spanien zwar kein Unionsmodell, aber doch eine enge Kooperation zwischen einer kleineren Linkspartei des Hauptlandes (Vereinigte Linke) und den linken Regionalparteien des Baskenlandes wie auch Kataloniens. Die Vereinigte Linke Spaniens, in der die Kommunisten eine wesentliche Rolle spielen, ist diejenige Partei, die die politischen Forderungen (Realisierung der dem Baskenland von Madrid im Statut von Gernika (Guernica) zugebilligten Selbständigkeit) und die wirtschaftlichen Forderungen der baskischen Regionalparteien unterstützt und sich, anders etwa als die spanischen Sozialisten, auch eindeutig gegen den 2002/03 von der Aznar-Regierung in Szene gesetzten Verbotsprozess gegen Batasuna als angebliche Partei von Anhängern des Terrorismus gewandt hat.

Beim »Unionsmodell« handelt es sich, das sei abschließend betont, nicht nur um eine Gedankenkonstruktion, sondern um ein in der Praxis bewährtes Modell, das m. E. der PDS anempfohlen werden kann, damit sie sich aus ihrem historisch begründeten Dilemma, sowohl gesamtdeutsche Partei links der SPD als auch Interessenvertreterin des Ostens (und damit linke Regionalpartei) zu sein, befreien kann. Dazu müsste sie das Vorurteil überwinden, dass links und regional Gegensätze sind. Der Entwurf des Parteiprogramms, in dem die PDS die katastrophale Lage im Osten Deutschlands richtig beschreibt und auf Abhilfe pocht,¹² könnte für diesen Gesinnungswandel eine Ausgangsbasis sein

»Werden die skizzierten Maßnahmen nicht getroffen, kommt es zur »Verstetigung« von Ungleichheit. Damit würde Konfliktpotenzial angehäuft, das sich als sozialer Ex- oder Implisionsstoff entladen kann.« (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Programmentwurf, Pkt. 8, Ostdeutschland, in: Presseedienst PDS 9/2003, S. 25)

12 Vgl. ebenda, S. 24-25.